

# LEIPZIGER Jüdische Zeitung

Wochenblatt für die gesamten Interessen des Judentums

Erscheint an jedem Freitag

Abonnement durch alle Postanstalten Einzelpreis der Nummer Mk. 100.—	Verantwortlicher Redakteur: <b>Dr. Jacques Adler, Leipzig</b>	Redaktion und Expedition: Leipzig, Keilstraße 4, Telephon 10211 Postscheckkonto Leipzig Nr. 10979
Nummer 17	Leipzig, 27. April 1923	2. Jahrgang

## Chronik der Woche

Devise Jaffa - Tel Aviv - Haifa (über Berlin / London / Alexandrien) am 26. April: 1 ägyptisches Pfund = 142 500 deutsche Mark.

Für den Aufbau von Jadur sind beim Jüdischen Nationalfonds in Berlin vom 1. Januar 1923 bis zum 15. April insgesamt 66 881 000 Mark eingegangen.

Die auf den 30. April nach Berlin einberufene Sitzung des Aktions-Comités der Zionistischen Organisation ist auf den 4. Juni vertagt worden, um sodann die wichtigsten Kongressfragen zu beraten.

Im Monat März trafen in Palästina 1100 jüdische Einwanderer ein, bedeutend mehr als im Vormonat.

Auf dem internationalen Kongress der Bibliothekare und Bibliophilen, der vom 3. bis 9. April in Paris tagte, war die Jüdische Nationalbibliothek zu Jerusalem durch ihren Pariser Korrespondenten, den Bibliothekar Meyer Abraham-Hallewy, vertreten, auf dessen Referat hin der Kongress die Aufnahme freundschaftlich-wissenschaftlicher Beziehungen zur Jüdischen Nationalbibliothek beschloß.

Für den 20. April war nach Warschau von der dortigen jüdischen Gemeinde eine vertrauliche Konferenz der größeren jüdischen Gemeinden Polens einberufen, die sich mit der Reform des Gemeindeführerwahlrechtes beschäftigen sollte.

Im polnischen Sejm zu Warschau kam es anlässlich der Beratung der Flüchtlingsfrage und der Warschauer Erzele zu stürmischen Auftritten zwischen antisemitischen (nationaldemokratischen) und jüdischen Abgeordneten.

Ein unbekannter Spender, der seinen Namen streng geheim hält, überwies dem Jüdischen Nationalfonds in Jerusalem für Bodenkauf und Ausbau der neuen Kolonie Kfar Ezechiel bisher insgesamt 34 000 Pfund Sterling.

Am Sonnabend, den 21. April, sprach Arnold Zweig im Jüdischen Rathaus in Prag unter stürmischen Beifallskundgebungen über „Zerküftung und Aufbau der Judenheit“.

Am Donnerstag, den 26. April, wurde in Wien der Weltkongress der jüdischen Studentenschaft eröffnet, und zwar mit den Hauptprogrammepunkten der Schaffung eines Weltverbandes, der Beratung ökonomischer und kultureller Fragen und der Abwehr der Numerus-clausus-Gefahr.

Von führenden Schweizer Juden wurde ein „Pro-Palästina-Komitee“ gegründet, das sich der Palästina, des vom Untergang bedrohten jüdischen Volksstammes in Mesopotamien, annehmen soll.

## Biegen oder Brechen!

### Leipziger Gemeindeführung vom 23. April 1923.

Vor einer ungewöhnlich großen Anzahl von Zuhörern fand die Leipziger Gemeindeführung am Montag dieser Woche statt. Der Andrang ließ außer gewöhnliches erwarten, und tatsächlich gehörte die große Finanz- und Wahlrechtdebatte mit zu dem Interessantesten, was sich seit Jahr und Tag droben in der Gemeindestube in der Köhrstraße abgespielt hat. Die Gemeinde ist am Ende ihres Finanzlateins. Der Steuereingang deckt nur einen bescheidenen Bruchteil des Bedarfs, wenn man nicht etwa, wie Herr Rosenthal bereits offen zugab, die Erfüllung der vornehmsten sozialen Aufgabe, die Institution der Armenpflege einstellen will. Nun gibt es zwar einen Weg zur Rettung der Gemeinde, und der heißt: freiwillige Beiträge seitens der Gemeindeglieder durch Gewährung von Darlehen an die Gemeinde, also sogenannte „innere Anleihe“.

Aber die Sache hat noch einen Haken, „Wahlrecht“ genannt. Die Leipziger Gemeinde hat ein stöckreaktionäres Wahlrecht, das rund vier Fünftel der Gemeindeglieder von jeglicher Teilnahme an der Gemeindeverwaltung ausschließt. Gerade innerhalb dieser vier Fünftel sind aber jene jüdischen Menschen anzutreffen, die sowohl an einem antijüdischen Gemeindeführer als auch an einem antijüdischen Gemeindeführer interessiert sind, die Gemeinde durch einen Akt großzügiger Munizipalität mit einem Schlag aus der Finanznot zu befreien und wieder aktionsfähig zu gestalten. Doch eine Bedingung stellen sie zuvor, eine einzige nur, aber eine zwingende: gründliche Demokratisierung der Gemeinde in jüdischem Geiste.

Dieser Zusammenhang hat sich nun auch unseren lange Zeit recht begriffstuhigen Gemeinde-Liberalen enthüllt. Mit etwas säuerlicher Miene — Herr Frank entledigte sich eines langwierigen, staatsrechtlich, politisch und menschlich recht ansehbaren „Speech“ über jüdische Solidarität, Zionismus, Assimilation und sonstiges mehr — akzeptierte die liberale Fraktion nunmehr den Beschluß, eine Eingabe betreffs Wahlreform in Kommissionsberatung zu nehmen, ein Vorgehen, das sie vor kaum fünf Monaten erst in brüskter Weise abgelehnt. Diese Schwenkung „begründete“ Herr Dr. Goldschmidt in einer sehr nichtsagenden Erklärung. Was er nicht sagen wollte, nicht sagen durfte, sei hier festgestellt: Der Gemeinde steht das Wasser bis an den Hals, und darum denkt sie heute an das, was sie schon längst hätte tun sollen, die Neufundierung der Gemeinde auf der Basis allgemeiner Teilnahme und allgemeinen Vertrauens.

Aber seien wir nicht voreilig: Sie denkt daran; sie tut es noch nicht. Der Beschluß auf Kommissionsberatung ist noch längst nicht die Wahlreform selbst. Wer der Gemeinde mit Darlehen helfen will, unter der Bedingung, daß sie ehrlich demokratisch und wahrhaft liberal wird, der warte noch, bis die Wahlreform

auch wirklich zur Tat geworden ist. Auf Versprechungen lasse man sich nicht ein, das Chemnitzer Beispiel warnt. Schwarz auf weiß wollen wir es besitzen. Mögen sich die Herren in ihrer Kommission etwas beeilen, dann werden sie nach gutem Abschluß auch die finanzielle Stützung erhalten. Aber nicht eher, nicht eher!

Wir trauen dem Frieden noch nicht, denn die Rede des Herrn Frank verrät alles andere denn eine innere Wandlung. Eine Kommissionsberatung kann gar leicht

#### ein Begräbnis oder eine Falle

sein. Darum gilt bis zur endgültigen Erledigung der Wahlreform unvermindert weiter das, was Herr Zumpowsky erneut in erquickender Frische und Deutlichkeit aussprach:

„All die Gemeindeglieder, die durch das jetzige Gemeindeführer seit Jahren entmündigt und im letzten Wahllampf aufs Schwerste entwürdigt worden sind, können und werden der Gemeinde keinen Pfennig freiwillig geben, bevor nicht die Wahlreform wirklich angenommen und in Kraft gesetzt ist.“

Vorsteher Rosenthal (lib.) eröffnet die Sitzung mit der Nachricht, daß auf dem Grabe von Herrn Geheimrat Abraham Adler sel. And. eine Gedenktafel errichtet worden ist.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung, Aenderung der Gebührenordnung, wird nach kürzerer Aussprache beschlossen: a) die Preise der Synagogenplätze werden auf das Hundertfache des Vorjahrs erhöht; b) Mahngewühren, bisher 50 Pfennig, betragen künftig 10 Prozent des angemahnten Betrags, mindestens aber 500 Mark; c) die Abgabe der Fleischer wird nicht, wie ursprünglich festgelegt, pro Pfund Fleisch, sondern pro Stück Vieh berechnet; d) die Höchstgrenze der Bestattungsgebühren wird von 150 000 auf 1 000 000 Mark erhöht.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung, Finanzlage der Gemeinde, referiert Breslauer (liberal). Die Lage ist nicht rosig. Das Rechnungsjahr 1922/23 schloß am 31. März mit einem Defizit von 20 Millionen Mark. Der Aufwand an Gehältern beziffert sich heute auf etwa 8 Millionen Mark im Monat. Außerdem steht den Beamten gemäß der Reichsbefolungsordnung eine Sonderzahlung in Höhe eines Monatsgehalts zu; diese macht weitere 8 Millionen Mark aus; 50 Prozent sind davon bereits ausgezahlt. Nach heutigem Stand würde das laufende Jahr an Gehältern rund 100 und an sachlichen Ausgaben rund 50 Millionen Mark erfordern, was aber wohl noch zu niedrig geschätzt ist. Deckung war vorläufig nur durch Aufnahme von Darlehen bei Gemeindegliedern zu erzielen, wobei 40 Millionen Mark gezeichnet, 37 eingezahlt wurden und 3 noch verfügbar sind. Was die endgültige Deckung durch Steuern betrifft, so sind für 1922 noch 5 Prozent des Reichseinkommensteuereinkommens von 1921 mit 5 Mill. Mark Ertrag einzuziehen.

## Der Schekel

gibt das Wahlrecht zum Kongress. Wer den Schekel zahlt, der zählt sich zu den Juden, denen die jüdische Heimstätte in Palästina Ziel des Willens, Ziel der Tat ist.

Juden Leipzigs, fördert die Schekel-Aktion, zahlt die Volksssteuer, den Schekel!